



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages



Lisa Paus

Mitglied des Deutschen Bundestages



Ulrich Schneider

Mitglied des Deutschen Bundestages

AutorInnen-Papier: Europäische Jugendarbeitslosigkeit

Genug gegipfelt: Neue Zukunftschancen für Europas Jugend!

5,5 Millionen Jugendliche in Europa haben den Wunsch, endlich ihr eigenes Leben zu beginnen. Stattdessen sind sie die Leidtragenden einer Krise, die sie nicht verschuldet haben. Ihre Zukunft steht auf der Kippe. Seit Beginn der Finanz- und Bankenkrise im Euro-Raum vor vier Jahren ging ihre Erwerbstätigkeit vor allem in den vom Wirtschaftsabschwung am meisten betroffenen südlichen EU-Ländern kontinuierlich zurück. In Griechenland kletterte die Quote der Jugendarbeitslosigkeit zuletzt auf dramatische über 60 Prozent. 56 Prozent der spanischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind betroffen, in Italien und Portugal sind mehr als 40 Prozent vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Fast ein Viertel der unter 25-Jährigen der Euro-Zone haben derzeit keinen Job (Eurostat, April 2013). Überzeugende und wirksame europäische Antworten auf diese dramatische Situation gibt es bislang nicht, obwohl sie auch Folge der europäischen und deutschen Krisenstrategie ist. So will beispielsweise Spanien in zwei Jahren (2012-2014) 65 Milliarden Euro im Haushalt einsparen. Das ist ambitionierter als jede Reform, die es in Deutschland jemals gab. Übertragen auf die Wirtschaftsleistung müsste Deutschland seinen Haushalt in diesem Zeitraum um 155 Milliarden Euro entlasten. Das entspricht der Hälfte des aktuellen Bundeshaushalts. Zwei Jahre lang müssten dafür z.B. sämtliche Rentenzuschüsse gestrichen werden. Oder zwölf Jahre lang alle Ausgaben für Bildung und Forschung. Wie die irische Zentralbank in einer Studie darlegte, gilt ähnliches für die anderen Programmländer unter Aufsicht der Troika.

Während in Spanien bereits 25 Prozent der Schüler die Pflichtschuljahre ohne Abschluss beenden, kürzt die konservative Regierung 80.000 der 500.000 Lehrerstellen. Noch sind viele Jugendliche, die aus Spanien nach Deutschland kommen, AkademikerInnen. Aber die Regierung kündigt bereits eine Hochschulreform an: Studiengebühren sollen erhöht, Professorenstellen gestrichen werden. Es sind solch konkrete Gründe warum zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg teilweise eine Generation heranwächst, die Europa trotz Reisefreiheit und Erasmus nicht als Versprechen empfindet, sondern als Risiko, nicht als Erweiterung, sondern als Einschränkung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten. Wenn es nicht gelingt, diesen Trend messbar umzukehren, würde die Skepsis gegenüber Europa weiter wachsen.

Wenn rund die Hälfte der jungen Menschen in vielen Teilen Europas verzweifelt nach Perspektiven sucht, dann droht eine „verlorene Generation“. Ihre Chancenlosigkeit geht uns alle etwas an. Sie hat verheerende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, die Zukunftsfähigkeit des europäischen Projekts und nicht zuletzt die jungen Menschen selbst.

Im europäischen Vergleich verfügt Deutschland über eine niedrige Jugendarbeitslosenquote. Dennoch müssen auch hierzulande die Reduzierung von Bildungsarmut, Warteschleifen und Jugendarbeitslosigkeit weiter vorangetrieben werden. Außerdem darf auch in Ländern mit niedriger Jugendarbeitslosigkeit nicht vergessen werden, dass viele Jugendliche in prekären Arbeitsverhältnissen ohne klare Perspektiven festsitzen.

Es ist kein Zufall, dass die Zuwanderung nach Deutschland insbesondere aus den Krisenländern stark zugenommen hat. Aus Spanien, Griechenland, Portugal und Italien haben sich im Vergleich zum Vorjahr jeweils über 40 Prozent mehr Menschen auf den Weg nach Deutschland gemacht (StBA 2013). Das setzt Abwanderungsbewegungen in Gang, die immer auch Gefahr einer besonders starken Abwanderung von Hochqualifizierten („brain drain“) mit sich bringen und den Krisenländern zusätzlich Dynamik, Zukunftsoptimismus und Innovationskraft für ihre Gesellschaften und Volkswirtschaften rauben. Diese Abwärtsspirale zu durchbrechen, ist von gesamteuropäischer Bedeutung und liegt deshalb auch in gesamteuropäischer Verantwortung.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – endlich auf der Agenda

Anfang des Jahres beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs die sogenannte „Jugendbeschäftigungsinitiative“. Sie enthält eine „Jugendgarantie“, die ursprünglich auf eine Initiative der grünen Europafraktion von 2010 zurückgeht. Allen unter 25-Jährigen soll spätestens vier Monate nach dem Ausscheiden aus der Schule oder dem Arbeitsplatzverlust eine Beschäftigung, eine Zusatzqualifikation, berufliche Ausbildung oder ein Praktikum angeboten werden. 6 Milliarden Euro sind im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU (2014-2020) für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten mit einer Jugendarbeitslosenquote über 25 Prozent eingeplant. Dabei können ESF-Gelder, die zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verwendet werden, bis zu einer Gesamthöhe von 3 Milliarden Euro um die jeweils gleiche Summe aus einem neu geschaffenen Sonderfonds ergänzt werden. Der finanzielle Eigenbeitrag der Staaten beim Abrufen dieser europäischen Gelder (Kofinanzierung) ist stark reduziert.

Ende Mai kündigten Kanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Hollande eine europäische Wachstumsinitiative („New Deal for Europe“) an. Bestandteil des Vorschlagskatalogs mit dem Titel „Frankreich und Deutschland – gemeinsam für ein gestärktes Europa der Stabilität und des Wachstums“ ist die bereits beschlossene „Jugendbeschäftigungsinitiative“ sowie die Kreditvergabe über die Europäische Investitionsbank (EIB) an Unternehmen, die Arbeits- oder Ausbildungsplätze anbieten. Außerdem sollen die Einführung und Stärkung dualer Ausbildung sowie die Mobilität der jungen Menschen gefördert werden. Dazu soll das ERASMUS-Programm auf den nicht-akademischen Bereich ausgedehnt werden.

Merkel treibt ihre Gipfelshow auf die Spitze

Merkel hat es jahrelang versäumt, etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu tun, und diese stattdessen durch den harten Sparkurs in Europa noch verschärft. Im Zuge der Finanzkrise hat dies zu empfindlichen Haushaltskürzungen mit weitreichenden

sozialen Verwerfungen geführt. Die mögliche Kurskorrektur von Kanzlerin Merkel kurz vor dem Ende der Legislatur kommt für viele Jugendliche ohne Arbeit und Ausbildungsplatz zu spät. Sie haben sich längst auf die Suche nach Arbeit auf den Weg gemacht und ihr Heimatland verlassen müssen. Die andere Gruppe der weniger mobilen Jugendlichen verharret seit Jahren in Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Es ist gut, dass die EU-Länder in der beruflichen Bildung stärker zusammenarbeiten wollen. Mit dem Ziel, bis 2020 80 Prozent der jungen Menschen in Arbeit und Ausbildung zu bringen, soll das System der beruflichen Bildung nach deutschem Vorbild auch in anderen Ländern eingeführt werden. Im Dezember 2012 unterzeichneten Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland dazu im Rahmen der „Europäischen Allianz für Ausbildung“ eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit Deutschland. Im letzten halben Jahr wurden sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang mit dem Großteil dieser Länder weitere Absichtserklärungen auf Ministerebene unterzeichnet, deren Folgen meist im Unklaren blieben. Die Jugendgarantie wird damit als Label für zahlreiche, vage formulierte bilaterale Vereinbarungen und Ankündigungen missbraucht, die sich auf bestehende Programme beziehen. Merkel stilisiert sich als Retterin von Europas Jugend. Aber Europas junge Bürgerinnen und Bürger erwarten mehr von ihr als Symbolpolitik und Gipfel-Inszenierungen.

Zu Recht hat das duale Ausbildungssystem viel internationale Aufmerksamkeit erfahren, denn es trägt zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland bei. Es weckt jedoch falsche Erwartungen, dieses über Dekaden gewachsene System zum Patentrezept oder gar Sofortprogramm in den europäischen Krisenländern zu erklären. Auch in Deutschland selbst sehen Wirtschaftsforscher die niedrige Jugendarbeitslosenquote vorrangig als eine Folge des demografischen Wandels und nicht als Erfolg der Politik (DIW 2013). Richtig ist, dass sich das duale Ausbildungssystem dort, wo Jugendliche und Betriebe auch tatsächlich zusammenfinden, bewährt hat und ein Berufsabschluss die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist. Dazu muss aber Arbeit vorhanden sein.

Die Bundesregierung darf nicht den Eindruck erwecken, als könne ein duales Ausbildungssystem quasi über Nacht eingeführt werden. Strukturen wie Berufsschulen oder die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Industrie-, Handels- und Handwerkskammern, die die Qualität der Ausbildung z.B. über die Prüfungen sichern, lassen sich nicht kurzfristig aufbauen. Die Krisenländer verfügen derzeit weder über ausreichend prosperierende Unternehmen, die Ausbildungsvergütungen zahlen könnten, noch über geschultes Personal zur Ausbildung. Vielfach geht die auf technische Seiten der Berufsbildung konzentrierte Diskussion deshalb am akuten Bedarf der Krisenländer vorbei: Viele der heute arbeitslosen SpanierInnen, ItalienerInnen und GriechenInnen haben einen akademischen Abschluss. Dieses Potenzial an europäischen Fachkräften darf nicht über Jahre vergeudet werden, indem sie arbeitslos bleiben. Sie sind daher aus unserer Sicht und im Sinne zirkulärer Migration herzlich willkommen, auch in Deutschland in adäquaten Jobs zu arbeiten. Zirkulär bedeutet aber auch, dass bereits jetzt in die Erholung der Wirtschaft der Herkunftsländer investiert werden sollte, um dort mittelfristig wieder neue Jobs entstehen zu lassen, in denen die berufliche Erfahrungen aus Deutschland weiterhelfen können. Bisher nutzt die

Bundesregierung die jungen AkademikerInnen nur als Fachkräftereserve ohne die nötigen Investitionen in annähernd ausreichendem Maß zu unterstützen.

Sträflich ignoriert die Merkel-Regierung die Probleme auf dem deutschen Ausbildungsmarkt: Im letzten Jahr wurden nicht mehr, sondern weniger Ausbildungsplätze besetzt. Trotz guter Konjunktur bildeten in den letzten Jahren immer weniger Betriebe aus. Rund 267.000 junge Menschen landen Jahr für Jahr nach der Schule in den Warteschleifen des Übergangssystems während über 33.000 Ausbildungsstellen nicht besetzt werden konnten. 1,44 Millionen bis 29-Jährigen haben keinen Berufsabschluss. Statt notwendige Strukturreformen auch in der beruflichen Bildung in Deutschland anzupacken, lenkt die Bundesregierung lieber den Blick nach außen. Ihr geht es dabei weniger um Solidarität als explizit um die Erschließung neuer Märkte im Bildungsbereich. Die Bundesregierung konzentriert sich im Moment auf die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland und ruht sich auf den Lorbeeren des dualen Ausbildungssystems aus.

Als Grüne im Bundestag haben wir immer wieder gute Wege aufgezeigt, wie mehr Jugendliche in Ausbildung kommen, mehr Betriebe ausbilden und der Übergangsdschungel gelichtet werden kann.¹ Wir teilen die Kritik der OECD an den deutsch-französischen Vorschlägen, in der zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine umfassende Strategie gefordert wird. (Berufliche) Bildung muss darüber hinaus im gesamten Lebenslauf gestärkt werden.²

Grüne Vorschläge: Der jungen Generation wieder Perspektiven geben

Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss auf allen Ebenen höchste Priorität haben und darf sich nicht in Symbolpolitik erschöpfen. Wir müssen einen echten europäischen Arbeits-, Ausbildungs- und Hochschulraum schaffen: Noch immer gibt es keine Anerkennungsgarantie für beruflich Ausgebildete sowie Studierende aus anderen Ländern. Noch immer haben nicht alle Bundesländer ein Anerkennungsgesetz, damit die Berufsabschlüsse von zuwandernden Fachkräften auch anerkannt werden können und ihre Integration in den Arbeitsmarkt verbessert wird.

Merkels Gipfel-Show mit einer Vielzahl von bilateralen Abkommen und Absichtserklärungen darf nicht weiter von gemeinsamen europäischen Antworten und echten Strukturverbesserungen wegführen. Es braucht stattdessen aufeinander abgestimmte nachhaltige Strategien, um EU-weit die Zahl der Schul-, Ausbildungs- und StudienabbrecherInnen zu reduzieren, die Qualifizierung zu verbessern, Bildungsabschlüsse wechselseitig anzuerkennen und Fachkräftemangel zu bekämpfen. Es reicht deshalb nicht, wenn Deutschland und Frankreich nur Papiere vorlegen. Wir wünschen uns, dass den vielen Ankündigungen auch Taten folgen.

Eine erfolgreiche Umsetzung der Jugendbeschäftigungsgarantie muss ausreichend finanziert sein und auf eine höhere Qualität von Beschäftigung und Ausbildung ausgerichtet sein. Vor allem die Bundesregierung muss bereit sein, die Bekämpfung

¹ Vgl. Drs. 17/541, 17/5489 und 17/9586.

² Vgl. Drs. 17/13554.

der Jugendarbeitslosigkeit und Investitionen in die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft im künftigen Finanzrahmen der EU stärker zu berücksichtigen als bisher vorgesehen. Im europäischen Binnenmarkt kann und muss gerade die EU mit ihren Mitteln den Ausbau der erneuerbaren Energien, von Speichermöglichkeiten, europäischen intelligenten Netzen und Energie- und Ressourceneffizienz und für einen stärkeren sozialen Ausgleich vorantreiben. Dazu bedarf es auch verstärkter gemeinsamer Forschungsanstrengungen. Darüber hinaus müssen ökologische und soziale Investitionsprogramme für Bildung, ökologischen Umbau und für mehr soziale Sicherheit im Sinne eines Green New Deals gefördert werden. Investitionen in Asphalt, Beton und fossile Energien bringen keine zukunftssicheren Jobs, sondern eher eine neue Immobilienblase. Deshalb setzen sich die Grünen schon seit langem in der Diskussion um den Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2014 und die europäischen Strukturfonds für Umschichtungen und starke Regeln zu Gunsten nachhaltiger Investitionen ein.

Im Zuge der Fiskalpaktverhandlungen hatte die Bundesregierung mehr Mittel aus den laufenden EU-Strukturfonds für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zugesagt. 55 Mrd. Euro noch nicht gebundene Mittel sollten (um)gewidmet werden. Konkret ging es also darum, den laufenden Mehrjährigen Finanzrahmen möglichst voll auszureizen, um die generelle Finanzzusage in möglichst viel neue Beschäftigung umzumünzen. Die Bundesregierung betreibt in den Brüsseler Haushaltsverhandlungen das genaue Gegenteil. Gemeinsam mit euroskeptischen Regierungen hungert sie den EU-Haushalt in nie dagewesenem Maße aus. 11 Mrd. Euro bleibt alleine der Haushalt 2013 unter der geplanten Investitionsgröße. Von 18,2 Mrd. Euro offenen Rechnungen will der Rat mit Unterstützung der Bundesregierung nur 11,3 Mrd. Euro bezahlen. Statt dass mehr Firmen mit EU-Geldern rechnen können, werden mehr Firmen, Nichtregierungsorganisationen und Bundesländer auf Geld aus Brüssel warten müssen. Wir wollen den Bruch der Abmachung durch die Bundesregierung nicht akzeptieren und drängen weiterhin auf die Nutzung aller für den EU-Haushalt zugesagten Mittel für dringend nötige Investitionen.

Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU) bieten mit Abstand die meisten Arbeitsplätze. Ihr Beschäftigungsanteil liegt in Spanien bei 67 Prozent, in Italien sogar bei 80 Prozent. Genau in den Krisenstaaten, wo so dringend neue Jobs gebraucht werden, sind Investitionen aktuell aber massiv erschwert. Zinsen für Kredite an KMU sind in Südeuropa doppelt so teuer wie in Nordeuropa (mindestens 6 anstelle von 3,5 Prozent). Gegen diese Kreditklemme hatten Grüne und SPD im Zuge der Fiskalpaktverhandlungen eine Kapitalerhöhung für die EIB mit Erfolg durchgesetzt. Sie kommt auch kleinen und mittelständischen Unternehmen in Form günstiger Kredite zu Gute. Aber aktuell ist ergänzend der Einsatz der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geplant und für Spanien bereits beschlossen, weil die Möglichkeiten der EIB weiterhin zu gering sind.

Das zeigt, dass nach wie vor ein echtes europäisches Investitionsprogramm nötig wäre.

Während die Bundesregierung fragwürdige Diskussionen um die immer neue Verwendung gleicher Mittel führt, wäre ein neues Investitionsprogramm nötig. Wenn

die EIB dabei zusammen mit dem angegliederten Europäischen Investitionsfonds (EIF) speziell für die Förderung von KMU die vorgesehene Rolle spielen soll, muss sie ihre Politik deutlich nachhaltiger gestalten. Wir Grüne fordern, dass der EIB-Grundsatz der „systematischen Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards“ überall eingehalten wird. Gerade weil der hintere Platz der EIB im Aid Transparency Index (37. aus 58 im Jahr 2011) Anlass zur Sorge gibt, muss die EIB bereitwilliger auf Informationsanfragen von Mitgliedern nationaler und des Europäischen Parlaments reagieren.

Die Finanzierung eines Investitionsprogramms kann angesichts der fiskalischen Situation gerade der Krisenstaaten nur europäisch begonnen werden. Auch für ein Ende der Rezession braucht es eine Kursänderung hin zu Konsolidierung auch aus Einnahmen. Die europaweite Einführung von Vermögensabgaben ähnlich dem grünen Gesetzesentwurf für Deutschland würde neuen Raum für Investitionen schaffen, den Abbau von Schulden ermöglichen und durch den Fokus auf die Reichsten der Länder zugleich keine Verschlechterung der Nachfragesituation bedeuten.

Uns ist klar: Zur Fachkräftesicherung braucht es sowohl bessere Ausbildungsstrukturen auf nationaler Ebene als auch Zuwanderung und Zirkulation von Fachkräften. Das duale Ausbildungssystem ist dabei eine sinnvolle Ergänzung innerhalb einer konsistenten Gesamtstrategie für Jugend-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, die bislang fehlt. Die Krisenbewältigungspolitik innerhalb der EU braucht einen Kurswechsel, der die Krise der Jugendarbeitslosigkeit endlich in den Mittelpunkt des Handelns rückt. Dafür werden wir auf den unterschiedlichen Ebenen mit Grünen Konzepten eng zusammenarbeiten.